

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

35. Jahrgang

Berlin, den 10. April 1968

Nummer 15

Zur Wirtschaftslage

Weltwirtschaftsentwicklung durch Zahlungsbilanzungleichgewichte überschattet

Die anhaltend hohen Zahlungsbilanzdefizite der angelsächsischen Volkswirtschaften, denen im EWG-Raum Zahlungsbilanzüberschüsse gegenüberstehen, haben zu einer Krise der Leitwährungen und damit zu einer Erschütterung des Weltwährungssystems geführt. Diese Krise ist durch die Spaltung des Goldmarktes nicht endgültig zu überwinden. Soll verhindert werden, daß die Labilität der internationalen Währungslage zu nachhaltigen Einbußen des Wirtschaftswachstums führt, dürfen die verantwortlichen Instanzen nicht mehr länger an Symptomen kurieren, sondern müssen ihre Zusammenarbeit auf grundlegende Fragen richten. Eine Überprüfung der gegenwärtigen Wechselkursrelationen ließe sich dabei nicht mehr umgehen. Zudem müßten die ausstehenden kurzfristigen Währungsverpflichtungen der angelsächsischen Länder konsolidiert und eine neue Reserveeinheit geschaffen werden.

Solange eine solche grundlegende Bereinigung aus politischen Gründen auf Widerstand stößt, ist eine Entspannung im internationalen Währungsgeschehen nur unter höchst unbefriedigenden Bedingungen zu erreichen: Die Defizitländer müßten in Anbetracht ihrer schlechteren Konkurrenzposition in solchem Maße auf die Expansion der inländischen Nachfrage verzichten, daß anhaltende Arbeitslosigkeit entstehen würde; die Überschußländer aber müßten das wirtschaftliche Wachstum so forcieren, daß ihre Märkte nicht nur infolge überdurchschnittlich steigender Importnachfrage stärker geöffnet, sondern die Unterschiede in den Wettbewerbspositionen schließlich auch über Preissteigerungen beseitigt würden. Unabhängig davon, ob die Überwindung der Währungskrise über eine Neuordnung des Währungssystems mit Wechselkursanpassungen an-

gestrebt oder durch eine entsprechende Deflationspolitik in den Defizitländern erzwungen wird — die Überschußländer werden in keinem Fall von dem Anpassungsprozeß unberührt bleiben. Sie haben mit einem härteren Wettbewerb auf allen Märkten zu rechnen und werden sich künftig nicht mehr darauf verlassen können, daß ein Defizit an heimischer Nachfrage durch Exporterfolge ausgeglichen wird. Bereitschaft zur Zusammenarbeit muß daher nicht nur von den Defizitländern erwartet werden; auch die Gläubigerländer müssen einen Beitrag leisten, der von ihnen vermehrte Anstrengungen erfordern wird.

Gegenwärtig kommt die konjunkturelle Situation einem solchen Ausgleich der Zahlungsbilanzen kaum entgegen. Zwar expandieren die wichtigsten kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften — Frankreich, Italien und die Bundesrepublik Deutschland — mit realen Zuwachsraten zwischen 4 und 5 vH und nominalen Raten zwischen 5,5 und 8 vH. Aber in diesen Ländern sind — mit Ausnahme von Italien — die Kapazitätsreserven noch sehr hoch und lassen das binnenländische Angebot noch immer tendenziell der Nachfrage vorauslaufen. Es ist deshalb kaum damit zu rechnen, daß von diesen Ländern schon in Kürze Impulse ausgehen werden, die den Defizitländern vermehrte Exporte erlauben würden.

Von den Defizitländern hat es zudem bisher nur Großbritannien unternommen, Voraussetzungen für vermehrte Exporte zu schaffen. In den *Vereinigten Staaten von Amerika*, wo das Bruttosozialprodukt im ersten Quartal 1968 wiederum mit einer Zuwachsrate von real gut 4 vH gewachsen sein dürfte, hat sich der Preisanstieg auf breiter Basis fortge-

setzt. Er dürfte — gemessen am Deflationierungsfaktor des Bruttosozialprodukts — etwa 4,0 vH betragen haben. Neben ausgeprägten Lohnsatzsteigerungen (+ 5,4 vH bei der Verarbeitenden Industrie im Jahresvergleich), die im Zusammenhang mit der Anhebung der Mindestlöhne und der Anpassung an die Verteuerung der Lebenshaltung stehen, hat die nach wie vor unbefriedigende und eher schlechter werdende durchschnittliche Auslastung der Kapazitäten im industriellen Bereich zu einer Erhöhung der Lohnstückkosten geführt und den Preisauftrieb begünstigt.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den USA ist zur Zeit schwer zu prognostizieren. Auch wenn gegenwärtig die Wahrscheinlichkeit größer geworden ist, Steuererhöhungen durchzusetzen, so besteht immerhin noch Ungewißheit über den Zeitpunkt und die damit verbundenen Auflagen. Ungewiß ist auch, welche Rückwirkungen die eingeleitete De-Eskalation des Krieges in Vietnam auf den Verlauf der militärischen Ausgaben haben wird. Es könnte durchaus sein, daß die amerikanische Wirtschaft — unabhängig von dem tatsächlichen militärischen Aufwand der nächsten Monate — vorsichtiger disponieren wird, und zwar sowohl im Hinblick auf Anlageinvestitionen als auch auf Lagerinvestitionen.

Das Zahlungsbilanzdefizit wird bis auf weiteres einen restriktiven Kurs der Kreditpolitik erzwingen, der bereits die ersten Auswirkungen im Bau-sektor zutage treten läßt. Das Wachstum der inländischen Nachfrage in den letzten Monaten — insbesondere der Lageraufbau im Stahlbereich — und der lange Kupferstreik haben ein beschleunigtes Wachstum der amerikanischen Importe bewirkt. Ihr Expansionstempo lag bei 16 vH im Durchschnitt der Monate November bis Februar. Dagegen stiegen die Exporte in diesem Zeitraum durchschnittlich nur um 7 vH. Das Ergebnis war eine Halbierung der Überschüsse im Warenverkehr im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 1967. Auch wenn es gelingen sollte, den lang- und kurzfristigen Kapitalexport aufgrund der verfügbaren Einschränkungen nachhaltig zu kürzen und neue Spekulationswellen zu verhindern, stellt eine derartige Reduzierung der Warenüberschüsse eine Besserung der amerikanischen Zahlungsbilanz in Frage. Diskutiert werden daher Importerschwererungen und Exporterleichterungen, wie z. B. die „border tax“, d. h. Steuern, die beim Grenzübergang auf Waren erhoben werden sollen. Auch könnte eine De-Eskalation in Vietnam zu einem Nachlassen des Importsogs führen, wodurch sich die Aussichten auf steigende Leistungsbilanzüberschüsse und damit eine Verminderung der Zahlungsbilanzlücke günstiger gestalten würden.

In Großbritannien hat ein Exportboom, wie er nach der Pfundabwertung erhofft wurde, noch immer nicht eingesetzt. Die britische Regierung sah sich daher veranlaßt, die Konsumentennachfrage durch Erhöhung der indirekten Steuern auf wichtige Verbrauchsgüter zu Beginn des Finanzjahres 1968 erheblich zurückzudrängen, um damit größeren Spielraum für wachsende Exporte zu schaffen. Bisher nahm die Inlandsnachfrage noch so stark zu, daß sich die britischen Unternehmer trotz verbesserter Konkurrenzposition nicht in ausreichendem Maße bemüht haben, ihren Auslandsabsatz zu steigern.

Die Restriktion der Verbrauchernachfrage durch Heraufsetzung der indirekten Steuern wird den Preisauftrieb fühlbar beschleunigen. Die Gefahr, daß damit auch die Lohnsatzsteigerungen wieder an Stärke gewinnen und sowohl die britische Wettbewerbsposition verschlechtern, als auch die erstrebten Verbrauchseinschränkungen vereiteln, sucht man durch einen relativen Lohnstopp zu bannen. Fraglich erscheint jedoch, ob sich die Lohnsatz-erhöhungen auf jährlich rund 3,5 vH beschränken lassen werden.

Nicht nur die Lohn-Preis-Entwicklung, sondern auch der Konjunkturverlauf in der westlichen Welt lassen in diesem Jahr kaum eine stürmische Steigerung der britischen Exporte erwarten. Daher dürfte in diesem Jahr weder das britische Leistungsbilanzdefizit vollständig beseitigt, noch eine Vollaustlastung des britischen Produktionspotentials erreicht werden. Der die Nachkriegszeit überschattende Konflikt zwischen zahlungsbilanz- und wachstumskonformem Verhalten ist somit noch immer nicht gelöst. Es bleibt abzuwarten, ob durch die Pfundabwertung die Voraussetzung für eine Lösung in den nächsten Jahren geschaffen worden ist.

In Frankreich kann für 1968 eine Wiederbelebung der inländischen Nachfrage und damit auch der Importe von Gütern und Diensten erwartet werden. Andererseits ist jedoch anzunehmen, daß sich die Zunahme des Exports insgesamt ebenfalls beschleunigt. Die Warenausfuhren werden aller Voraussicht nach 1968 rascher wachsen als 1967, da die negativen Einflüsse der Abwertungen des britischen Pfundes und einiger anderer Währungen durch einen Wiederanstieg der französischen Exporte in die Bundesrepublik Deutschland etwa kompensiert werden und auch die übrigen französischen Ausfuhren an der rascheren Expansion des Welthandels im Jahre 1968 teilhaben dürften. Die ungünstige Entwicklung der Leistungsbilanz, die bereits 1966 nur mit einem geringen Überschuß abgeschlossen hatte und 1967 ungefähr ausgeglichen war, wird vor allem deswegen anhalten, weil sich infolge der Abwertungen die Passivierungstendenz der Touristen-

bilanz verstärkt fortsetzen wird. Darüber hinaus wird sich wahrscheinlich auch die Bilanz des langfristigen Kapitalverkehrs verschlechtern. Im Jahre 1966 flossen der französischen Volkswirtschaft 36 vH ihres gesamten Netto-Imports an langfristigem Kapital aus den Vereinigten Staaten zu. Eine Verringerung der Direktinvestitionen amerikanischer Unternehmungen in Frankreich um mehr als 100 Mill. \$¹ könnte — nach der bisherigen Entwicklung des Nettoimports ausländischen Kapitals zu schließen — durchaus zu einem Defizit in der langfristigen Kapitalbilanz führen. Da auch der Nettoimport kurzfristigen Kapitals durch die Maßnahmen zur Sanierung der amerikanischen Zahlungsbilanz negativ beeinflußt werden dürfte, kann angenommen werden, daß sich der Netto-Devisenzustrom nach Frankreich im Jahre 1968 im Vergleich zu 1967 (+ 246 Mill. \$) verringern wird. Damit würde die Tendenz zur Verschlechterung der französischen Zahlungsbilanz, die sich bereits seit 1964 von Jahr zu Jahr fortgesetzt hat, auch 1968 anhalten.

Die *italienische* Zahlungsbilanz wies im vergangenen Jahr einen gegenüber 1966 beträchtlich verringerten Überschuß auf. Besonders zum Jahresende hat sich diese Tendenz akzentuiert. Für die Verschlechterung ist jedoch nicht die Entwicklung des Warenverkehrs verantwortlich gewesen; die italienischen Exporte nahmen vom Oktober zum November 1967 relativ stärker zu als im gleichen Vorjahrs-

zeitraum, und auch der saisonübliche Rückgang der Importe war kräftiger als im Vorjahr. Die Dienstleistungsbilanz hingegen hat sich in den letzten Monaten des vergangenen Jahres ganz beträchtlich verschlechtert. Das ist vor allem auf den verminderten Aktivsaldo der Reisebilanz zurückzuführen, der im Herbst üblicherweise nur etwa ein Drittel der sommerlichen Spitzenwerte erreicht.

Die Währungsabwertungen Ende vergangenen Jahres sowie die außenwirtschaftlichen Restriktionsmaßnahmen der USA dürften im Verlauf des Jahres 1968 zu Mindereinnahmen von 80 bis 100 Mrd. Lire führen. Im Warenbereich kündigen sich diese Einbußen bereits an: Die Auslandsaufträge in den Investitions- und Konsumgüterindustrien fließen gegenwärtig spärlicher als noch um die Jahreswende. Allerdings ist eine gewisse Belebung des Exports nach der Bundesrepublik als Folge der westdeutschen Konjunkturerholung zu erwarten. Einer Exportflaute will die Regierung vor allem durch steuerliche Förderungsmaßnahmen vorbeugen. Insgesamt dürften sich die Nettoeinnahmen aus den laufenden Transaktionen in diesem Jahr um etwa 40 bis 60 Mrd. Lire reduzieren. Somit besteht die Gefahr, daß sich die Zahlungsbilanz im Laufe des Jahres passiviert, wenn es nicht gelingt, die seit Herbst 1967 wieder kräftiger fließenden privaten Kapitalexporte zum Stillstand zu bringen.

¹ Vgl. hierzu Wochenbericht des DIW Nr. 3/1968.

Wachsende Produktion in der Bundesrepublik Deutschland

Das Sozialprodukt im ersten Quartal 1968

Am 1. Januar 1968 wurde für die Wirtschaft und auch die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit der Einführung der Mehrwertsteuer ein neues Datum gesetzt. Der Übergang von der kumulativen Besteuerung der Bruttoumsätze zur Steuerzahlung entsprechend den Nettoumsätzen (Verkäufe abzüglich Vorleistungskäufe) scheint sich weitgehend reibungslos und ohne übersteigerte Preiserhöhungen vollzogen zu haben.

Die Kontinuität vieler statistischer Reihen zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist jedoch vorerst unterbrochen. Darüber hinaus führte der Wechsel des Besteuerungssystems zu erheblichen — über das saisonübliche Maß weit hinausgehenden — Umsatzspitzen im Dezember und entsprechenden Umsatzausfällen im Januar. Derartige Übersteigerungen finden sich in nahezu allen Wirtschaftsbereichen und bescherten dem Staat einen unerwarteten Einnahmezufluß: Im Januar „verabschiedete“ sich die Allphasen-Umsatzsteuer

mit + 12 vH Kasseneingängen im Vorjahrsvergleich. Daran knüpft sich die Frage, in welchem Maße das Sozialprodukt im vierten Quartal 1967 als Basis für die Extrapolation in das erste Quartal 1968 überhöht ist. Somit stört und erschwert die Einführung der Mehrwertsteuer den Bericht zur Lage in zweifacher Weise: Statistik und Extrapolation haben gleichermaßen an Aussagekraft verloren.

Nach Bekanntwerden der Dezember-Ergebnisse hat das Statistische Bundesamt seine erste Schätzung für das Sozialprodukt 1967 um + 0,4 vH im Jahresdurchschnitt und analog rund 1,5 vH im vierten Quartal revidiert. Dadurch vergrößerte sich in diesem Quartal der Zuwachs im Vorjahrsvergleich nominal wie real auf reichlich 3 vH, während die Veränderung des Arbeitsvolumens mit ungefähr gleicher Rate negativ blieb. Dazwischen klappt eine Spanne von 7 vH für den Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktivität (Leistungssteigerung je geleistete Arbeitsstunde) gegenüber nur 3,5 vH im

Entstehung, Verteilung und Verwendung
des nominalen Sozialprodukts
Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH

	1966	1967					1968
	IV	I	II	III	IV	I*)	
Entstehung							
Land- und Forstwirtschaft . . .	6	4	2	0	- 2	- 2	
Warenproduz. Gewerbe . . .	0,5	- 4	- 5,5	- 4,5	1,5	6	
Handel u. Verkehr	3	1	- 1,5	- 1	4	2,5	
Dienstleistungen	11,5	9,5	8,5	6,5	7	6	
Bruttoinlandsprodukt . . .	3,5	0,5	- 1	- 1	3	5	
Verteilung							
Private Haushalte	4,5	4,5	2,5	- 0,5	2,5	2	
Nettolöhne u. -gehälter . . .	3,5	1,5	- 1	- 2	- 0,5	1	
Entnommene Gewinne . . .	3	8,5	1,5	- 10,5	1,5	1	
Übertragungen	9	8,5	12,5	12,5	11,5	6,5	
Staat	0,5	- 1	- 11	- 2	- 2	1	
Unternehmen ¹⁾	- 8	- 75	- 22	- 16	36	100	
Übrige Welt ²⁾	- 6,5	0	6,5	0	14,5	0	
Nettosozialprodukt ³⁾ . . .	3	0	- 1,5	- 1,5	3	5	
Verwendung							
Verbrauch	4,5	5	3	2	3,5	2,5	
Privat	4,5	4	1,5	1,5	3	2	
Öffentlich	5	9	7,5	5,5	4,5	5	
Anlageinvestitionen . . .	- 3	- 10,5	- 14,5	- 13	- 1,5	- 2	
Bauten	0	- 3	- 13,5	- 14,5	- 7,5	- 2	
Ausrüstungen	- 7	- 17	- 15,5	- 11	5,5	- 2	
Ausfuhr	12	10,5	11	3,5	5,5	8	
Einfuhr	1	- 5,5	- 2	- 2	2	11	
Bruttosozialprodukt, nom.	3,5	0,5	- 1	- 1	3	5	
Deflationierungsfaktor . .	3	2,5	0,5	0	- 0,5	1	
Bruttosozialprodukt, real .	0,5	- 2	- 1,5	- 1	3,5	4	
davon: Arbeitsvolumen . .	- 2,5	- 4	- 3,5	- 4,5	- 3,5	0	
Produktivität	3	2	2	3,5	7	4	

¹⁾ Nichtentnommene Gewinne u. empfangene Übertragungen. — ²⁾ Empfangene Übertragungen von inländischen Sektoren. — ³⁾ Zu Marktpreisen. — *) Vorläufige Ergebnisse.

dritten Quartal. Wesentlich krasser noch fällt der isolierte Vergleich von Produktionsindex und geleisteten Arbeiterstunden in der Industrie aus: Die Produktionssteigerung je Stunde vergrößerte sich laut Statistik von 11 vH im Oktober und November auf 17 vH im Dezember. Diese „Wunderproduktivität“ entzieht sich jeder produktionstechnisch zu belegenden Erklärung; sie weist lediglich darauf hin, daß die Berechnungen zu stark von Umsatzmeldungen beeinflusst werden. Die reale Umsatzsteigerung je eingesetzte Arbeiterstunde beschleunigte sich von 11 vH im November auf 24 vH im Dezember.

Soweit der Handel von der regen Umsatztätigkeit profitiert hat, realisierte er auch „Nettoproduktion“ und trug zum größeren Sozialproduktwachstum bei. Darüber hinaus fällt es schwer, zwischen Umsatz- und Produktionsentwicklung im vierten Quartal zutreffend zu unterscheiden. Die Konsequenzen getroffener Annahmen finden sich auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts wieder bei der Vorratsveränderung. Aber auch hier fehlt der rechte Anhaltspunkt für ein verlässliches Urteil, denn das Ergebnis resultiert aus gegenläufigen Entwicklungen: der Tendenz zum Lageraufbau im Zuge der wieder wachsenden Produktion und den kompensierenden Lagerräumungen zum Jahresende. Später, wenn die

statistischen Informationen vollständig vorliegen und das vierte Quartal auch besser in den Zeitablauf einzuordnen ist, wird sich zeigen, ob Korrekturen erforderlich sind. Zunächst einmal wurden die amtlichen Halbjahresergebnisse auf die Quartalsrechnung übertragen. Für die konjunkturelle Analyse muß aber auf jeden Fall das Sozialprodukt im vierten Quartal als überhöht gelten.

5 vH Sozialproduktszuwachs

Zentrale Bedeutung für die — nur mit Vorbehalt zu gebende — Schätzung des Sozialprodukts im ersten Quartal 1968 hat der Produktionsindex für die Verarbeitende Industrie im Januar, der mit 7 vH Jahreszuwachsrate (arbeitstäglich) gemeldet wurde. Damit begann die Produktion — sofern der Index zutreffend informiert — 1968 auf etwas höherem Niveau als 1966, zeigte weiterhin expansive Tendenz und läßt im ersten Quartal einen Zuwachs von 8 vH (kalendermonatlich) gegenüber dem ersten Quartal 1967 erwarten. Nach den bisherigen Erfahrungen ist wohl nicht damit zu rechnen, daß die Zahl der Beschäftigten — saisonbereinigt — schon im ersten Quartal nennenswert zugenommen hat. Im Vorjahresvergleich ergibt sich dann nochmals eine beträchtliche Abnahme des Beschäftigtenstandes, die allerdings in ihrer Auswirkung auf die Veränderung des Arbeitsvolumens dadurch fast ausgeglichen wird, daß vom Kalender her 2 vH mehr an Arbeitszeit zur Verfügung stand als vor einem Jahr und sich die damaligen Ausfälle an täglicher Arbeitszeit (besonders durch Kurzarbeit) nicht wiederholten. Der Arbeitseinsatz braucht also in der Industrie kaum kleiner als im ersten Quartal 1967 eingeschätzt zu werden. Für die Produktivität verbleibt dann ein Zuwachs, der etwas über die geschätzte Produktionssteigerung hinausgeht. Damit kann aufgrund der erheblichen Verbesserungen im Verlauf des vorigen Jahres, die ja in den Jahreszuwachsrate fortwirken, durchaus gerechnet werden. Doch sei daran erinnert, daß die Produktionszunahme mit 8 vH nur „optisch“ groß ist, weil sie in erster Linie die im Vorjahr eingetretenen Ausfälle spiegelt.

Auch in der Bauwirtschaft hätte man — ohne den Einfluß des Wetters auf die Bautätigkeit — im ersten Quartal mit einer großen Jahreszuwachsrate rechnen können. Doch die witterungsbedingten Arbeitsausfälle waren erheblich. Im Bauhauptgewerbe lag nach ersten Meldungen die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeiterstunden im Januar um 15 vH niedriger als vor einem Jahr. Ebenso zeigten sich Rückwirkungen im relativ niedrigen Beschäftigtenstand. Größere Ausfälle dürfte es auch im Februar gegeben haben. Trotzdem geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß im Quartalsdurchschnitt 2—3 vH mehr Arbeiter im Bauhauptgewerbe

beschäftigt waren als vor einem Jahr. Ende Januar wurde der Vorjahresstand um 1 vH übertroffen. Im Abwägen der drei Komponenten Beschäftigung, Arbeitszeit und Produktivität ist man geneigt, Bauproduktion und Bauinvestitionen nahe dem Vorjahrsergebnis zu veranschlagen. Eine Potentialschätzung erscheint zulässig, da es der Bauwirtschaft dank staatlicher Aktivität gegenwärtig nicht an Aufträgen mangelt.

Im Groß- und Einzelhandel können die rückläufigen Januar-Umsätze als Reaktion auf die übersteigerte Entwicklung im Dezember gewertet werden. Im Februar und März dürfte der Großhandel wieder besser abgeschnitten haben, während es zur Belebung des Einzelhandels den privaten Haushalten an Kaufkraft fehlt. Im zusammengefaßten Bereich „Handel und Verkehr“ wurde für den Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt ein Zuwachs von 2—3 vH geschätzt.

Es bleiben die Dienstleistungen. Dank der Einkommenserhöhungen für Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst wird die — seit Mitte 1967 stark abgeschwächte — Expansion des öffentlichen Beitrags zur Entstehung des Sozialprodukts angehalten haben. Für die Dienstleistungen im Unternehmensbereich errechnete das Statistische Bundesamt in beiden Halbjahren 1967 nahezu unveränderte nominale Zunahmen von 9 vH. Manche Indikatoren sprechen zwar für eine stärkere Abflachung im Verlauf des Jahres. Konsequenterweise mußte jetzt mit der Anpassung der Vierteljahrsrechnung an die amtlichen Ergebnisse auch im ersten Quartal 1968 ein relativ großer Zuwachs unterstellt werden.

Alles in allem erbrachten die kurz erläuterten Einzelschätzungen einen Sozialproduktszuwachs von nominal 5 vH. Es gilt, ihn auch von der Verwendungsseite her zu begründen.

Große Lagerbildung im ersten Quartal

Auf der Verwendungsseite decken sich lediglich die Erwartungen für den öffentlichen Verbrauch mit der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsrate von 5 vH. Der Außenhandel expandierte zwar stärker, doch nahm der Außenbeitrag infolge der größeren Einfuhrsteigerung erstmals wieder ab. Jedenfalls kann aufgrund der Meldungen für Januar und Februar mit einer Abnahme um 0,5 Mrd. DM gegenüber dem Vorjahr gerechnet werden.

Der Zuwachs des privaten Verbrauchs wurde nominal mit 2 vH veranschlagt. Mit dieser geringen Intensität stiegen vermutlich auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Zwar hat die Lohnentwicklung — in Jahreszuwachsrate gesehen — ihren Tiefpunkt überschritten, doch nahm die Abgabenbelastung der Lohneinkommen im

ersten Quartal zu. Die Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung um 7 vH wirkt sich ungefähr mit + 3 vH in der Gesamtbelastung der Bruttolöhne und -gehälter aus. Auch das Lohnsteueraufkommen wuchs wieder rascher. Ebenso minderte die Belastung der Rentner mit Krankenversicherungsbeiträgen die Zunahme der verfügbaren Einkommen.

Ausgehend vom Einzelhandel, dessen Umsatz nahezu stagnierte, müßte der übrige — nicht über den Einzelhandel gehende — private Verbrauch um rund 3 vH gestiegen sein. Andernfalls harmonisiert die Schätzung nicht mit der erwarteten Einkommensentwicklung. Doch sprechen die verfügbaren Indikatoren — zu denen auch die beträchtlichen Preiserhöhungen für Mieten, Strom und Gas sowie manche Dienstleistungen zählen — durchaus dafür, daß sich der Verbrauch in der Relation + 1 vH im Einzelhandel und + 3 vH beim übrigen Verbrauch entwickelt hat. Dieses Verhältnis galt auch im Jahresdurchschnitt 1967. Es macht deutlich, wie sehr seit einiger Zeit die unmittelbare Nachfrage der privaten Haushalte an den Verbrauchsgüterindustrien „vorbeigeht“. Es erklärt ebenso den anhaltenden Preisanstieg beim privaten Verbrauch in der Phase rückläufiger Erzeugerpreise in der Industrie und Bauwirtschaft.

Eine verlässliche Schätzung der Anlageinvestitionen fällt in diesem Quartal schwer, da einmal das ungünstige Bauwetter und zum anderen die auf den Dezember vorgezogenen Käufe von Ausrüstungsinvestitionen die Entwicklung wesentlich mitbestimmt haben. Vermutlich wurde das Vorjahresniveau aufgrund dieser Sondereinflüsse nicht überschritten und werden sich erst im zweiten Quartal kräftige Wachstumsraten einstellen. Die Inlandsumsätze der Investitionsgüterindustrien nahmen z. B. — nach einer Steigerung von 3 vH im November und 18 vH im Dezember — im Januar um 12 vH ab. Die Jahreszuwachsrate für Januar ist in zweifacher Weise verzerrt. Sie gilt für die Nettoumsätze ohne Mehrwertsteuer; doch wurden gleichzeitig die Auslandsumsätze in einer engeren Abgrenzung gemeldet, so daß von dieser Seite her die Entwicklung des Inlandsumsatzes übersteigert zum Ausdruck kommt. Die Fehler kompensieren sich also zum Teil und haben nicht das Gewicht, um den statistischen Nachweis der ohnehin vermuteten Umsatzverlagerung auf den Dezember zu Lasten des Januars in Frage stellen zu können.

Damit belegen auf der Verwendungsseite des Sozialprodukts die Schätzungen für den Verbrauch, die Anlageinvestitionen und den Außenbeitrag zusammen genommen nur einen Produktionszuwachs um 1 bis 1,5 vH. Das Ausmaß der zweifellos vorgenommenen Lageraufstockung müßte knapp 4 Mrd. D-Mark betragen haben, um die getrennten Schät-

zungen für Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts in Einklang zu bringen. Die Größenordnung überrascht auf den ersten Blick, gewinnt jedoch an Wahrscheinlichkeit, wenn sie im Vergleich mit früheren Jahren und im Zusammenhang mit dem Lagerabbau im vierten Quartal 1967 gesehen wird.

Stagnierendes Arbeitsvolumen

Ebenso spricht die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitszeit für den genannten Sozialproduktzuwachs um 5 vH. Ungefähr ein Fünftel davon entfällt auf die Preiskomponente, die nach Einführung der Mehrwertsteuer — aber nicht nur aus diesem Grund — wieder an Bedeutung gewinnt.

Auf die Entwicklung des Arbeitsvolumens in den wichtigen Bereichen Industrie und Bauwirtschaft ist schon eingegangen worden. Insgesamt dürfte sich die Zahl der Erwerbstätigen bis auf reichlich 1 vH dem Beschäftigtenstand im Vorjahr angenähert haben und ihn zur Jahresmitte vollends erreichen. Im Vergleich mit dem Höchststand vor Einsetzen der Rezession klafft dann immer noch eine Lücke von einer Million Erwerbstätigen. Die Zunahme der durchschnittlichen Arbeitszeit kompensiert im ersten Quartal die Minusrate bei den Erwerbstätigen. Ohne die Ausfallzeiten im Baugewerbe wäre das Ergebnis besser ausgefallen.

Es verbleibt ein Produktivitätszuwachs entsprechend der Zunahme des realen Sozialprodukts von 4 vH. Bei der Interpretation dieses recht groben Indikators wirtschaftlicher Aktivität ist zu bedenken, daß Arbeitstagsschwankungen in gewissem Umfang reziprok die statistisch gemessene Produktivität beeinflussen können. Das gilt überall dort, wo die Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt unabhängig von Kalendereinflüssen anfallen, also besonders beim Staat und dem Wohnungswesen, abgeschwächt bei anderen Dienstleistungsbereichen. Zum Ausgleich werden daher die Arbeitstagsschwankungen in der

Komponentenrechnung nur mit halbem Gewicht angesetzt. Dennoch werden größere Schwankungen auf die rechnerische Produktivität „durchschlagen“: produktivitätsmindernd z. B. im ersten Quartal 1968, produktivitätssteigernd im vierten Quartal 1967. Im gleichen Zusammenhang muß der Handel erwähnt werden. Die Umsatzverlagerung in das Vorquartal übersteigerte dort und minderte jetzt im ersten Quartal den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstieg. Man könnte derartige Umsatzschwankungen durch Gegenbuchungen beim Arbeitsvolumen neutralisieren. Es geschah bisher nicht und führt letztlich auch nicht zum Ziel; denn die Einflüsse auf die Restgröße Produktivität sind zu vielfältig, um adäquat berücksichtigt werden zu können. Jedenfalls ist der tatsächliche Produktivitätsanstieg im ersten Quartal wohl größer gewesen, als es im zahlenmäßigen Ergebnis zum Ausdruck kommt. Auch die erhebliche Lagerproduktion, die ja zu Erzeugerpreisen produktivitätsschmälernd bewertet wird, spricht dafür.

Ausblick

Es ist versucht worden, die wenigen zuverlässigen Informationen zu einem Bild der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im ersten Quartal 1968 zu verdichten. Im Ergebnis kommt zum Ausdruck, daß die konjunkturelle Belebung anhält, aber der weiteren Fundierung bedarf, um in einem gesicherten Aufschwung zu münden. Im ersten Quartal dominierte die Lagerbildung, im zweiten kann mit vermehrten Anlagekäufen gerechnet werden. Doch dann muß der private Verbrauch folgen. Deshalb kommt den jetzt anstehenden Lohnverhandlungen große Bedeutung für die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu. Sie sollten nicht unter 5 vH Tariflohnsteigerung abschließen. Aber auch bei verstärktem Wachstum des privaten Verbrauchs bleiben — wenigstens in diesem Jahr — die hohen Ausgabenüberschüsse des Auslandes und des Staates für das gesamtwirtschaftliche Wachstum unentbehrlich.